

# Thornener Zeitung.



Begründet 1760.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 2 M. — Auswärtige zahlen bei den Kaiserl. Postanstalten 2 M. 50 S.

Redaktion und Expedition Bäckerstraße 255.  
Inserate werden täglich bis 2 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die fünfspaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 10 S.

Nro. 184.

Freitag, den 9. August.

1878.

## Die Regierung und das Centrum.

Nachdem nunmehr die Gesamtergebnisse der Wahlen offiziell festgestellt sind, liegt die Thatsache vor, daß nur die Centrumpartei fast ohne jede Veränderung aus dem Wahlkampfe hervorgegangen ist. Bei der vortrefflichen Organisation der Partei und dem Einfluß, welchen die katholische Geistlichkeit auf die Masse der Wähler besitz, ließ sich solches Resultat vorzusehen. Die Führer der Partei haben diesmal den Kampf mit noch mehr Klugheit geführt als bei früheren Wahlen, sie haben insbesondere bei dem ersten Wahlgang jedes sie etwa compromittierende Ueberbieten mit anderen Parteien abgelehnt, um sich die Politik der freien Hand zu wahren. So können sie heute in das Parlament eintreten, ohne nach irgend welcher Seite hin verpflichtet zu sein, und ohne der Regierung gegenüber ein bestimmtes Programm durchzuführen zu müssen. Das ganze Benehmen der Centrumpartei läßt darauf schließen, daß den Führern wenigstens nicht unbekannt geblieben ist, wie ein Ausgleich zwischen Rom und Deutschland angebahnt werden soll. Die Regierung war entschlossen, sich in Zukunft, wenn möglich, auf eine conservative Majorität zu stützen. Die Offiziösen eröffneten alsbald nach dem Scheitern des Versuches einer national-liberalen Ministercombination die heftigsten Angriffe gegen die Partei, der man eben Ministerseßel angeboten hatte, und Verdächtigungen jeder Art streute besonders die „freiwillig offiziöse“ Presse gegen die geachteten und beliebtesten politischen Persönlichkeiten aus.

Die Centrumpartei konnte nur mit innigem Behagen diesem Schreiben der Selbstzerfleischung ihrer Gegner zuschauen. Würde sie doch, daß ihr die Früchte dieses Kampfes in den Schooß fallen mußten. So eifrig auch gegen diese liberalen Parteien gewüthet wurde, darüber konnte kein Zweifel obwalten, daß die Regierung eine conservative Majorität nach ihrem Herzen nicht erhalten würde. Die Centrumpartei wußte im Gegentheil sehr genau, daß die Regierung bei Durchführung einer reactionären Politik der Unterstützung der Ultramontanen nicht entbehren könnte. Darum trat sie in den Wahlkampf zwar mit dem festen Entschluß ein, in aller Stärke und wohlgerüstet zur Fortsetzung des Krieges vor der Regierung zu erscheinen, aber gleichzeitig auch, nicht alle Brücken hinter sich abzubauen. Ihr Bestreben ging dahin, den Werth ihres Bestandes der Regierung erst recht fühlbar zu machen. Wenn man sich namentlich der bekannten Wahlreden des obersten Führers der Centrumpartei, des Abg. Windthorst erinnert, so wird man sich des Eindruckes nicht erwehren können, daß der Vertreter der Welfendynastie und der katholischen Hierarchie im Reiche dem Kanzler, dessen jetzige Lage mit ihren Schwierigkeiten der Staatsmann von Meppen wohl zu würdigen versteht, in verlockender Weise die Friedenshand und deren Vortheile, natürlich unter bestimmten Voraussetzungen darreicht. „Wir haben“, so sagte Herr Windthorst, „nicht gekämpft und kämpfen nicht aus Lust am Kampf, wir kämpfen, um den Frieden zu erlangen. Wir, das Centrum, würden, davon sei Jeder überzeugt, lieber auf der Seite der Regierung kämpfen, als gegen sie, was wir nur dann thun, wenn wir glauben, daß sie irre geht, da wir nicht zweifelhaft darüber sind, daß ohne eine feste Regierung kein Reich bestehen kann. Wenn darum Leute behaupten, wir seien regierungsfeindlich, so ist das eine Unwahrheit; wenn sie sagen, wir seien vaterlandslos, so ist das eine Lüge.“

Wird die Regierung angesichts der Wahlresultate den Werth dieser Bundesgenossen anerkennen und sich den Beistand des Centrums sichern? Wir wissen, daß der Versuch zur Erlangung eines Einverständnisses in Kissingen augenblicklich gemacht wird. Obwohl es noch fraglich ist, in wie weit ein modus vivendi zwischen Berlin und Rom, wenn er zu Stande käme, die Haltung der sämtlichen Mitglieder des jetzigen Centrums gegenüber der inneren Politik des Fürsten Bismarck bestimmen würde, so haben jenseitfalls alle liberalen Elemente der deutschen Bevölkerung ausreichenden Grund auf die stattfindenden Transactionen mit Sorge hinzublicken.

Gut denn die Regierung, so muß man fragen, überhaupt Beweggründe so schwer wiegender Art aufzuweisen, welche eine Auslösung mit den Ultramontanen auf Kosten der für die Selbstständigkeit des Staates nach langem Zögern und heißen parlamentarischen Kämpfen endlich errungenen Waigeseze rechtfertigen? Wir müssen das entschieden verneinen. Wenn die national-liberale Partei auch geglaubt hat, nach reiflicher Prüfung und aus rein patriotischen Erwägungen gewissen Anforderungen der Regierung mit voller Entschiedenheit entgegenzutreten und das Maß unserer constitutionellen Gerechtigkeiten nicht noch vermindern lassen zu müssen, so hat sie doch niemals zu der Regierung in eine principielle Gegensatz treten wollen. Auch heute, wo freilich der Wahlkampf eine heftige Erbitterung im liberalen Lager gegen die Regierung hervorgerufen hat, würde bei gutem Willen der Regierung die Auslösung sich noch leicht vollziehen lassen. Freilich müßte Fürst Bismarck eine solche ernstlich anstreben. Die liberalen Parteien werden der Regierung in keinem Falle die nöthigen Mittel zur Bekämpfung der Socialdemokratie verweigern, wohl aber müßte die Regierung ihrerseits manche ihrer volkwirtschaftlichen, handelspolitischen und finanziellen Pläne entweder gänzlich fallen lassen oder zunächst statt in vagen Umrissen vielmehr in fahlicher Gestalt klar und offen dem Reichstage unterbreiten. Aus dem weitläufig überwiegenden Theil der liberalen Elemente und der freiconservativen Partei würde sich dann die Regierung eine solide Majorität bilden können, die sicherlich bereit sein würde, die seit geraumer Zeit

schon unselig schwankende innere Politik im Einverständnis mit dem Ministerium in feste Geisse zu lenken und so den Bestand des deutschen Reichs vor ernstster Gefahr zu hüten. Weist die Regierung eine solche Auslösung zurück, so bleibt ihr eben nur übrig, sich an die bisher von den Organen der Regierung selbst als reichsfeindlich verschrieenen Elemente anzuschließen, welche sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, und dabei unterstützt von den Liberalen, bekämpft hat. Ein solches Bündniß, wenn es überhaupt sich als möglich erweist, kann selbstverständlich nur mit großen Opfern erkaufte werden, denn weder Rom noch die Führer der deutschen Klerikalen sind blöde genug, die günstige Gelegenheit, welche sich ihnen augenblicklich bei dem getriebenen Verhältniß der Regierung zu den liberalen und nationalen Parteien darbietet, nicht voll auszunutzen.

Oder will man wirklich, falls auch der neue Reichstag nicht zu allen Vorlagen und Plänen der Regierung ohne langes Besinnen ja sagt, die Volkvertretung abermals auflösen und in Neuwahlen von dem Lande noch einmal eine Majorität zu erlangen suchen, welche auf selbstständiges Urtheil und freie Prüfung verzichtend, pure annimmt, was der Fürst Bismarck ihr unterbreitet?

## Tagesübersicht.

Thorn, den 8. August.

Die „Prov.-Corr.“ schreibt: Unser Kronprinz verweilt mit der Frau Kronprinzessin und den prinziplichen Kindern seit Dienstag (30. Juli) im Bade Homburg, woselbst auch Prinzessin Luise von Großbritannien, die Schwester der Kronprinzessin, mit ihrem Gemahl, Marquis of Torne, künftigen Vizekönig von Canada, zum Besuch eingetroffen ist. Der Aufenthalt des Kronprinzen in Homburg wird sich bis etwa zum 20. ausdehnen. Bei der am 24. in Potsdam stattfindenden Vermählung der Prinzessin Marie mit dem Prinzen Heinrich der Niederlande werden der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin das Kaiserpaar vertreten. Der Kronprinz wird mit Rücksicht auf die am 9. September beginnende Reichstagsession auch einen Theil des Monats September in Potsdam verbleiben.

Das Comité für die Errichtung einer Botenkirche in Berlin gedenkt nunmehr, nachdem die Wilhelm-Spende abgeschlossen ist, seine Thätigkeit wieder in vollem Umfange aufzunehmen. Es sollen bisher für den gedachten Zweck 20000 M. aufgebracht sein. Wir wollen hoffen, daß die Männer, welche an der Spitze jenes Comité's stehen, eine Garantie dafür bieten, daß die Opferwilligkeit des deutschen Volkes nicht zu einer Speculation ausgebeutet wird.

Bei der gestrigen Stichwahl erhielt Sonnemann 12,491, Barrentrapp 5553 Stimmen.

Die großartige Majorität, die Fürst Carolath-Beuthen im Grüneberger und Freistädter Kreise erhalten hat (8083 gegen 4055) verdankt er zum guten Theile seiner Haltung im Herrenhause in einer an und für sich nicht bedeutenden Frage. Er war es bekanntlich, der bei Verathung des Forstschutzesgesetzes den Antrag stellte, das Suchen von Pilzen und Beeren nicht als Forstdiebstahl zu bestrafen. Von der Dankbarkeit, welche das Volk für den als Bestreber von weitläufigen Forsten direct wesentlich beteiligten Fürsten deshalb fühlte, gab ein Stimmzettel in Kölmchen Kunde, der wörtlich lautete:

Ich wähle:

Fürst Carl zu Carolath-Beuthen auf Carolath,  
Weil er das Pilzgehn erlaubt hat,  
Und will auch Blau- und Preiselbeeren  
Den armen Leuten nicht verwehren.

Das sozialistische Wahlcomité in Mainz erläßt vor der nothwendig gewordenen Stichwahl folgende Erklärung: „Die socialdemokratische Arbeiterpartei des Wahlkreises Mainz-Oppenheim findet sich veranlaßt, den Wählern ihres Candidaten Liebknecht folgende Erklärung abzugeben. Laut Beschluß des Wahl-Comité's vom 4. d. M. fordern wir dieselben auf, ihre Stimmen, welche sie auf Wilhelm Liebknecht vereinigt, bei der Stichwahl einstimmig für Dr. Mousfang abzugeben, da derselbe nachstehende Forderungen, welche von Seiten des Wahlcomité's der sozialistischen Arbeiterpartei an ihn gestellt worden sind, schriftlich unterzeichnet hat. Forderungen: 1) gegen die Abänderung des im Art. 20 der Reichsverfassung begründeten allgemeinen und directen Wahlrechts; 2) gegen Ausnahmegeetze und alle Verschärfungen der Strafgesetze in politischer Beziehung; 3) gegen Vermehrung der Steuern und Lasten. Daß es uns unter diesen Verhältnissen nicht möglich ist, für Herrn Liebknecht zu stimmen, werden Sie ersehen, wenn Sie das Wahlprogramm, welches derselbe entwickelte, durchgelesen, und darin gerade unsere Forderungen entschieden entgegneten wird. Dann fällt noch ferner in die Waagschale, daß jede Stimme, die wir in unserem Wahlkreise für Dr. Mousfang abgeben, für Wilhelm Liebknecht in Offenbach ist, da die dortigen Ultramontanen bei der Stichwahl daselbst ihre Stimmen für Liebknecht abgeben, ebenfalls in den Wahlkreisen Barmen-Elberfeld, Solingen etc.“

Demnächst wird der Entwurf des neuen Socialistengesetzes an den Justizauschuß des Bundesrathes gelangen. Die Arbeit dessel-

ben dürfte in dieser Beziehung keine allzu schwierige werden, da der Verständigung über die Hauptbestimmungen des Gesetzes bereits durch vorgängige Verhandlungen mit den Bundesregierungen direct wesentlich vorgearbeitet worden ist. Die Motive des Entwurfes sind zur Zeit noch nicht vollständig ausgearbeitet. Uebrigens soll laut den neuesten Nachrichten jetzt festgestellt sein, daß dieses Socialistengesetz den ausschließlichen Gegenstand der Berathung für die nächste Session des neu gewählten Reichstages bilden wird, und daß also regierungsgewillig von der Vorlegung gewisse das wirtschaftliche und gewerbliche Leben der Nation betreffende Gesetzentwürfe (die vielfach erwartet wurden und welche theilweis schon dem aufgelösten Parlament unterbreitet worden waren, so ihm aber aus Zeitmangel nicht erledigt werden konnten) abgesehen worden ist.

Fürst Bismarck lebt, wie aus Kissingen berichtet wird, sehr eingezogen. Er verkehrt jetzt fast ausschließlich mit dem päpstlichen Nuntius. „Es thut mir recht von Herzen weh, wenn ich dich in der Gesellschaft seh.“

Zu den Kissingener Verhandlungen wird der „Köln. Ztg.“ aus Rom telegraphirt: Als die zwischen Bismarck und dem Nuntius getroffenen Abmachungen werden hier bezeichnet: Stillschweizende Rückkehr des vertragmäßigen Verhältnisses vor dem Bruche, Amnestie aller wegen der Kirchengesetze Verurtheilten, Rückkehr der flüchtigen Bischöfe und Besetzung der erledigten Stühle nach altem Brauch. — Wir glauben nicht daran.

Man schreibt uns aus Kissingen, 6. August: Nuntius Masella hat gestern Abend Kissingen verlassen und sich nach München zurückbegeben. Ob er von dort aus, wie man sagt, nach Rom reifen und persönlich über seine mit dem deutschen Reichskanzler gepflogenen Conferenzen referiren wird, steht noch dahin. Der Abschiedsbesuch, den Fürst Bismarck vorgestern dem Nuntius abstattete, darf vielleicht als ein Zeichen dafür gelten, daß eine Art vorläufigen Abkommens getroffen worden ist. Ein „Friede von Kissingen“ würde aber wahrscheinlich im deutschen Volke mit weniger Sympathie als der Friede von Berlin begrüßt werden. Denn daß die Curie und das gesammte klerikale Lager sich nicht mit Kleinigkeiten abspäßen lassen werden, bedarf keiner besonderen Begründung; sie wollen reale Concessionen, die nur auf dem Wege nach Canossa gefunden werden können. Dieser Begehrlichkeit wird Fürst Bismarck, wenn das Centrum mit den Conservativen ihm eine Majorität im Reichstage verschaffen und eine verlässige Stütze werden sollen, sich nicht entziehen können. Ob ihm da nicht doch schließlich eine gemäßigtere liberale Majorität für das Reich und die Reichsregierung erspriehlicher scheinen wird? —

In einem Artikel über die „Beendigung des Kulturkampfes“ schreibt die „Kreuzzeitung“:

„Wie uns glaubwürdig versichert wird, ist zunächst der Kanzler geneigt, den kirchlichen Gerichtshof aufzuheben.“

Wäre dem wirklich so, so würde das conservative Blatt allerdings zu der triumphirenden Frage berechtigt sein: „Mit welchen Gefühlen wird der Minister Falk diese Nachricht aufgenommen haben? Wird er sich nicht sagen, daß der Fürst schwerlich diese Unterhandlung veranlaßt hätte, wenn er nicht bereit wäre, mehr Zugeständnisse zu machen, als der Urheber der Waigeseze je vor dem Landtage vertreten kann?“

Nach unseren Informationen ist aber die „Kreuzzeitung“ durchaus ungläubwürdig berichtet. Es kann sich bei den Verhandlungen mit Rom einseitigen in keiner Weise um „Aufhebungen“, sondern lediglich um die Frage handeln, wie den katholischen Geistlichen die Befolgung der staatlichen Vorschriften ohne eclatante Demüthigung zu ermöglichen sei.

Eine offiziöse Notiz weist darauf hin, daß bei der Verschiebung, mit welcher die Verhandlungen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Nuntius Masella geführt werden, glaubwürdige Nachrichten über dieselben kaum in die Oeffentlichkeit zu dringen vermögen. Inzwischen sei Anlaß genug vorhanden, den Gang der Verhandlungen für günstig zu halten.

Ein Theil der klerikalen Presse bereitet, daß die jetzt in Kissingen zwischen dem Reichskanzler und dem päpstlichen Nuntius Masella stattfindenden Berathungen mit Vorwissen und unter Billigung des Cultusministers Dr. Falk vor sich gehen. Im Gegentheil dazu erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß bereits im März d. J. der Cardinal Fürst Hohenlohe unter ausdrücklicher Zustimmung des Cultusministers den Auftrag erhielt, in Rom Verhandlungen zu führen, der Cardinal hat auch für diese Mühe jüngst erst vom Papste eine besondere Auszeichnung erfahren. Es kann freilich der ultramontanen Partei nicht angenehm sein, daß dem Verlangen des Cultusministers, es dürfe sich bei diesen Verhandlungen um keine Abschaffung bestehender Gesetze handeln, willfahrt worden ist. Herr Falk wird niemals in den Landtag treten, um dort Maßnahmen zu vertheidigen, welche er mit bekanntem Gesicht und Ausdauer an derselben Stelle auf das Lebhafteste bekämpft hat. Kommt die Reaction der Deutsch-Conservativen mit dem Centrum, für welche die „Kreuzzeitung“ mit Eifer eintritt, zu Stande, dann sind allerdings die Tage des Cultusministers Falk gezählt. Erst in den jüngsten Tagen hat man erfahren, daß der Cultusminister im Mai sein Entlassungsgesuch nicht etwa des





